



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Der falscheste Satz dieser Tage lautet „Nach Paris ist alles anders.“
Nach Paris darf nichts anders sein! Wir stehen zur freien Gesellschaft.“
das hat Sigmar Gabriel am Montag getwittert und ich finde, er hat
Recht damit. Auch wenn wir wachsamer werden, in Europa wieder
stärker zusammenhalten und eine Lösung für Syrien ganz oben auf die
Tagesordnung aller internationalen Gremien kommt – wesentlich ist,
dass wir uns die Freiheit in unserem Leben nicht nehmen lassen.

Willy Brandt hat dazu in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender
beim Bundesparteitag in Bonn 1987 Sätze gesagt, die ich als eine Art
Leitlinie für die politischen Entscheidungen in diesen Tagen sehe:

*„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne
Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur
für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung.
Auch Freiheit von Not und von Furcht.“*

Ob unser Koalitionspartner die notwendige Besonnenheit behalten
kann, darf leider bezweifelt werden. Umso mehr kommt es darauf an,
dass unsere Haltung klar bleibt und wir dafür arbeiten, dass nicht nur
bei uns den Flüchtenden weiter geholfen wird, sondern auch andere
Länder ihren Teil der Hilfe beitragen. Damit ihr seht, dass unsere andere
Arbeit trotzdem ebenso weitergeht, anbei aktuelle Infos zur Flexi-
Rente und zum Haushalt 2016, beides ging in der normalen Berichter-
stattung ja etwas unter.

Herzliche Grüße,

Einigung bei Flexirente

Über ein Jahr haben wir mit der Union verhandelt,
um die Übergänge in die Rente flexibler zu gestalten.
Nun liegen Ansätze vor, mit denen der Übergang
in den Ruhestand flexibel, selbstbestimmt
und nach dem individuellen Leistungsvermögen
gestaltet werden kann. Dabei haben wir wichtige
sozialdemokratische Ziele durchgesetzt.

Das Prinzip Prävention und Reha vor Rente wird

gestärkt. Viele Beschäftigte schaffen
es nicht, gesund bis 67 zu arbeiten.
Sie müssen in Folge Einschnitte bei
ihrer Rente hinnehmen.

Deshalb soll die Gesundheitsprävention
eine stärkere Bedeutung bekommen.
Ein wichtiges Instrument ist dabei der von uns
eingebrachte freiwillige Gesundheitscheck
für Versicherte mit 45 Jahren.

Wir werden die Gerechtigkeitslücke bei der
Zwangsverrentung entschärfen. Menschen,
die ihr Leben lang gearbeitet haben, sollen
nicht bestraft werden, wenn sie aus
Arbeitslosigkeit mit Abschlägen in die
Rente gehen müssen. Deswegen können
Hartz IV-Empfänger künftig nicht mehr
gezwungen werden, eine vorgezogene
geminderte Altersrente in Anspruch zu
nehmen, wenn sie dadurch gegebenenfalls
bis zu ihrem Lebensende auf Leistungen
der Grundsicherung im Alter angewiesen
wären und ihrerseits arbeitssuchend
bleiben wollen.

Ganz entscheidend ist auch: Wir haben
durchgesetzt, dass die Teilrente
transparenter und flexibler gestaltet wird.
Künftig ist es möglich, die Teilrente
stufenlos zu wählen – das heißt jeder
kann selbst darüber bestimmen, in
welchem Umfang er Teilrente und
Teilerwerbstätigkeit kombinieren möchte.
Zudem werden die bisherigen starren
Hinzuverdienstgrenzen flexibilisiert
und durch ein einfaches Anrechnungsmodell
ersetzt.

→ [Mehr zur Flexirente](#)



Bundeshaushalt 2016

Trotz deutlicher Mehrbelastungen haben wir einen soliden Haushalt ohne neue Schulden beschlossen und in vielen Politikbereichen erhebliche Verbesserungen verankert.

Das 10-Mrd.-Euro Investitionsprogramm mit zusätzlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz wird unverändert umgesetzt. Steuerliche Entlastungen von insgesamt 5,5 Mrd. Euro stehen bereit für die Erhöhung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende. Zudem gibt es 14 Mio. Euro für die vorgesehenen Verbesserungen beim Meister-BAföG.

Die Mittel, die der Bund den Ländern für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, werden quasi verdoppelt: Sie steigen von 518,2 Mio. Euro um 500 Mio. Euro auf 1,182 Mrd. Euro. Dies ist ein wichtiger Beitrag, damit mehr bezahlbarer Wohnraum für alle entstehen kann.

Für die Flüchtlingshilfe stellt der Bund rd. 7,5 Mrd. Euro bereit. Wir kommen unserer internationalen Verantwortung nach und erhöhen den Etat des Auswärtigen Amtes um rd. 450 Mio. Euro, worin insbesondere Mittel für humanitäre Hilfe enthalten sind. Der Etat des Bundesinnenministeriums wird gegenüber dem Regierungsentwurf um fast eine Mrd. Euro erhöht. Damit werden mehr Geld und zusätzliche Stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Sicherheitsbehörden und das THW bereitgestellt. Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden um gut 290 Mio. Euro erhöht.

Wir setzen wichtige Impulse für das Ehrenamt und die Flüchtlingsarbeit. So gibt es 15 Mio. Euro mehr für Sprachkurse für ausländische Studierende, acht Mio. Euro mehr für Jugendmigrationsdienste, acht Mio. Euro mehr für die Ehrenamtskoordinierung im Bereich Flüchtlinge und sechs Mio. Euro mehr für die Flüchtlingsberatung. Für die Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie stellen wir im Programm „Demokratie leben!“ zehn Mio. Euro zusätzlich bereit, so dass dort 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

→ [Mehr zum Thema](#)

Illegale Wilderei – gegen illegalen Handel vorgehen



Zu einer Sitzung ganz anderer Art hatte ich letzte Woche in unser Fraktionszimmer eingeladen. Passend zu unserem interfraktionellen Antrag → „[Schutz von Elefanten und Nashörnern vor Wilderei stärken](#)“ wurde der Film „Der letzte Raubzug“ gezeigt. Mit dabei waren der Regisseur Jakob Kneser und Filmproduzent Tristan Chytroschek, die mit ihrem Film die Zusammenhänge zwischen Angebot und Nachfrage und den Hintermännern dieses schmutzigen, hoch profitablen Geschäfts in den wirtschaftlich boomenden Metropolen Asiens aufgezeigt.

Der Film wurde dieses Jahr mit dem Deutschen Umwelt- und Nachhaltigkeitspreis auf dem 14. „NaturVision“-Filmfestival durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ausgezeichnet.

Wer Interesse zu weiteren Informationen zum Thema Tierschutz und Artenschutz hat, kann sich gerne → *an uns wenden*.

→ [Informationen zum Film](#)

→ [Trailer des Films](#)

Gesine Schwan zu Gast auf der SPD-Kreiskonferenz - mit ihrem Plädoyer „Entreißt den Technokraten die Herrschaft über Europa“.



„Politische Kultur im Umbruch - unser Parlament von morgen“ - eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus der Reihe „quergedacht“.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt



www.facebook.com/ute.vogt